

Wirtschaft braucht Nordumfahrung und Donaubrücke

Klare Worte bei der Jahreshauptversammlung der Bürgerinitiative: Jetzt müsse endlich mit der Umsetzung begonnen werden

Von Josef Heisl

Thyrnau. Klare Worte pro Nordumfahrung und Donaubrücke flussabwärts von Passau gab es bei der Jahresversammlung der Bürgerinitiative (BI) „Zukunft ohne Passau-Stau“. Kirchturmdenken nütze nichts, die täglichen Staus Richtung Passau müssten ein Ende haben. „Wir fordern mit Nachdruck eine zügige Umsetzung der im Bundesverkehrswegeplan bereits beschlossenen Maßnahmen“, mahnte BI-Vorsitzender Leonhard Anetseder sen. unter dem Beifall der Mitglieder. Der nordöstliche Landkreis und Teile Freyung-Grafenaus brauchen eine zukunftssträchtige Infrastruktur, hieß es.

Auch Österreicher wollen eine Umfahrung Passaus

Der Vorsitzende konnte im Golfhotel neben vielen BI-Mitgliedern auch Vize-Landrat Raimund Kneidinger, MdL a.D. Konrad Kobler, Bürgermeister Josef Lamperstorfer aus Wegscheid, Stadtrat Martin Veit aus Hauzenberg sowie die Vertreter der Firmen Schwarzmüller, Jelba, Zankl und Bachl besonders begrüßen. Letztere leiden besonders unter der aktuellen Verkehrssituation, erklärten sie unisono.

Von Seiten der österreichischen Bürgermeister gab es eine Grußadresse mit der klaren Aussage, man wolle auch dort diese Verbesserungen. Anetseder fasste die Meinung seiner BI zusammen



„Jetzt muss es losgehen mit der Umsetzung der Nordumfahrung und der Planung einer neuen Donaubrücke.“ Das finden: Martin Veit (v.l.), Vize-Landrat Raimund Kneidinger, Wilhelm Wiltschko, Wolfgang Kinatader, stellvertretender BI-Vorsitzender Wolfgang Bauer, Johann Höfler von der ZF Passau, Norbert Peter, Hermann Heinze, Bürgermeister Josef Lamperstorfer aus Wegscheid und BI-Vorsitzender Leonhard Anetseder. – Foto: Heisl

und meinte, die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen sollen ihrer Verantwortung für die Region gerecht werden. Zehn Jahre dauere nun schon der Kampf der BI, das Thema sei aber bereits seit 50 Jahren auf dem Tisch. Damals standen neben den Kreisräten die politisch Verantwortlichen aus Grubweg, Straßkirchen und Ruderting voll dahinter. Der BI-Vorsitzende zeigte mit Plänen auf, wie man sich eine Donaubrücke auf Höhe der Soldatenau vorstellen könne, ohne dass das Trinkwasser gefährdet wäre.

Völlig unverständlich sei die Haltung der Stadt Passau, deren Bewohner von den Abgasen und dem Feinstaub gequält würden.

Ein Lkw-Durchfahrtsverbot am Anger wäre nach Umsetzung der Umfahrungen wohl problemlos möglich, findet die BI. Durch den Bau der Donaubrücke würde die Innenstadt massiv vom Verkehr entlastet. Angesichts dieser massiven Missstände müsse Oberbürgermeister Jürgen Dupper umdenken. Deshalb werde die Versammlung eine Resolution beschließen, die dem Oberbürgermeister, aber auch Landrat Franz Meyer und den beiden Bezirkshauptleuten von Schärding und Rohrbach überreicht werde.

Wolfgang Bauer von der Firma Jelba kritisierte das Kirchturmdenken. Übergeordnete Interessen interessierten die nicht, so

sein Eindruck. Und wenn dann noch ein Regionalpolitiker sage, Betriebe müssten sich ja nicht im abgelegenen Wegscheid ansiedeln, fehlen einem die Worte, ergänzte Anetseder. Bauer kritisierte auch, dass die Gelder für eine Südumfahrung von Hauzenberg frei wären, aber nichts passiere.

Konrad Kobler betonte, es sei ein Meilenstein, dass die Umfahrung nun im vordringlichen Bedarf stünde. 36 000 Autobewegungen täglich brächten am Anger eine erheblich höhere Belastung als in anderen Städten. An der B 388, der B 12 und der B 85 würden in Passau Millionen von Euro jährlich verbrannt, kritisierten die BI-Mitglieder.

Norbert Peter von der Firma Bachl verwies darauf, dass tausende seiner Lkw Passau durchqueren müssen. Die Firma schwöre auf ihren Standort in Deching, werde aber durch das Nadelöhr Passau massiv belastet. Wilhelm Wiltschko von der Firma Zankl stieß ins gleiche Horn. Er brauche Wege für seine Produkte, es gehe um Arbeitsplätze, so Wiltschko.

Martin Veit, Stadt- und Kreisrat von Hauzenberg, sprach von einer eindeutigen Beschlusslage in der Stadt pro Südumfahrung. Mittlerweile sei ein Abwandern von Firmen zu beobachten, Arbeitsplätze würden verlorengehen. Ein positives Beispiel sei die

Achse Hutthurm-Waldkirchen-Breitenberg, die keine Hindernisse mehr kenne.

Beate Paletar von der Firma Schwarzmüller klagte über die großen Umwege, die man fahre, um auf die B 12 und die B 388 zu kommen. Passau sei eine Barriere für Arbeitnehmer aus dem Nordosten. „Diese Kurzsichtigkeit regt mich seit Jahren auf“, erklärte sie. Bürgermeister Josef Lamperstorfer appellierte an die Firmen, ihre Nachteile klar zu benennen.

Kobler: Es geht um Arbeit, Umwelt und Gesundheit

In Passau seien 80 Prozent der Bürger nicht betroffen, erklärte Raimund Kneidinger, das spiegle sich auch bei den politisch Verantwortlichen wider. Die Grünen würden argumentieren, dass alles was gebaut werde, schlecht sei. Auch beim Ausbau der B 12 gebe es schon wieder Kritik. Man höre immer, in Passau gebe es kein Verkehrsproblem, doch bei der kleinsten Störung stehe alles.

Martin Veit meinte: „Wir können derzeit den Wohlstand noch verwalten, wir müssen aber auch für schlechtere Zeiten gestalten.“ Kobler machte noch einmal deutlich, es gehe um den Schutz der Arbeitsplätze, aber auch um den Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Menschen. Die Verantwortlichen der BI werden demnächst die Resolution, die einstimmig verabschiedet wurde, den Politikern überreichen.

Israel sind jetzt in Not

